

// ZEITUNG FÜR STUDIERENDE • SOMMERSEMESTER 2015 //



Neuer Rassismus

Im Namen der Religion?

// Montagabend: Von den Straßen der Städte sind Sprechchöre zu hören. „Ihr könnt nach Hause gehen ... ihr könnt nach Hause gehen ... ihr könnt ... ihr könnt ... nach Hause gehen!“ Nein, diesmal sind es keine Bayern-München-Fans. Pegida-Anhänger spazieren wieder einmal durch die Straßen. Die Sprechchöre gelten ihnen. Allerdings wollen die Pegida-SympathisantInnen noch nicht nach Hause gehen. Viel lieber halten sie Schilder wie „Inzucht vor Ort statt Vorhaut fort“ den Massen an „Kein Mensch ist illegal“-Fahnen entgegen. //

Aber wer oder was ist Pegida überhaupt? Lutz Bachmann gründete die Organisation „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ Mitte Oktober 2014. Die zentralen Forderungen: Eine Änderung des Asylverfahrens. Eine konsequente Abschiebungspolitik. Und der Schutz der Identität der christlich-jüdischen Abendlandkultur. Ganz nach dem Motto: Ausländer raus. Dabei versucht Pegida, sich von der rechten Szene zu distanzieren. Sie haben grundsätzlich nichts gegen Ausländer, aber ...

Ein Kampf der Kulturen

Die Angst herrscht also wieder einmal in Deutschland. Diesmal die Angst vor einer möglichen Islamisierung. Dabei leben in Dresden, der Gründerstadt von Pegida, nur 0,2 Prozent MuslimInnen. Ist die Zunahme von Pegida-Anhängern aus der Medienpräsenz des Islamischen Staates zu erklären? Oder dem Anschlag auf „Charlie Hebdo“, der erst recht Öl in das Feuer des rechtskonservativen Hasses goss? Zwischenzeitlich gingen in Dresden jeden Montag ca. 17.000 Pegida-SympathisantInnen demonstrieren. In anderen Städten sind Ableger entstanden: Bagida, Legida, Kögida, Bärgida oder auch Pegada – patriotische Bürger gegen die Amerikanisierung des Abendlandes. SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi ist gegen ein Gespräch mit Pegida: „Die Bewegung schürt Ressentiments und Hass und versucht, einen Keil durch Deutschland zu

treiben.“ Dabei will Pegida vorgeblich genau das verhindern. Sie warnen vor einer Parallelgesellschaft, die sich nicht nach deutschen Werten und Gesetzen, sondern nach der Sharia richtet. Die Demonstrationen mit Pegida auf der einen und Nopegida auf der anderen Seite zeigen aber, dass es längst zwei ganz andere Lager gibt.

Das Ende von Pegida?

Als „Drecksack“, „Viehzeug“ und „Gelumpe“ beschimpfte Bachmann AusländerInnen auf Facebook. Passend dazu veröffentlichte er Bilder, die ihn mit Scheitel und Hitlerbärtchen zeigten. Der angebliche Satiregag Bachmanns ging nach hinten los. Es wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen ihn eingeleitet. Allerdings nur mit dem Ergebnis, dass Bachmann zurücktrat und Pegida führerlos zurückließ.

Kurz nach Bachmanns Rücktritt folgte auch der größte Teil der restlichen Pegida-Spitze. Legida in Leipzig war ihnen zu rechts. Jetzt wagen sie einen neuen Versuch. Kathrin Oertel, ehemalige Pegida-Führerin, gründete den Verein „Direkte Demokratie in Deutschland“ – das hört sich doch nach Ende gut, Alles gut an. Dann können wir ja jetzt endlich alle nach Hause gehen. Oder? Auch der neue Verein ordnet sich rechts neben der CDU ein und kündigt für jeden Sonntag seine Abendspaziergänge an. Pegida-Anhänger haben nun die Wahl: Gehen sie sonntags, montags, an beiden Tagen oder doch gar nicht protestieren. Der Spuk „Pegida“ scheint allerdings ein Ende zu haben. In Dresden kamen am Montag nach Bachmanns Rücktritt nur noch 2.000 Demonstranten, am Sonntag nur 500. War das alles nur ein Alptraum, der am besten möglichst schnell vergessen wird? Der Vizekanzler der SPD, Sigmar Gabriel, warnt davor, einfach zur Tagesordnung zurückzukehren. Denn „die Probleme haben sich deshalb nicht von selbst erledigt. Ihr Treibstoff ist immer noch da: Wut, Angst, Verunsicherung, mitunter auch Ausländerhass“. Diese Punkte sollte keine Partei länger ignorieren. Aber ist ein Gespräch die richtige Lösung? Oder sollte vielmehr auf Aufklärung über den Islam gesetzt werden?


Pegida hat Angst vor einer möglichen Islamisierung. Viele MuslimInnen haben Angst vor Pegida. Eine davon ist Amina. Sie ist in einem muslimischen Umfeld groß geworden, trägt kein Kopftuch, spricht hochdeutsch und studiert in Göttingen. Trotzdem muss sie ihre Hautfarbe immer wieder rechtfertigen. Ihr Vater ist Pakistaner. In einem Interneteintrag gibt sie zu, Angst zu haben. Angst davor, wie sich diese Eigendynamik von Pegida entwickelt, wie viele jeden Montag wieder auf die Straße gehen und ihr damit sagen: Du bist hier nicht willkommen.

Die „innere Wahrheit“ des Islams

Für Pegida enthüllt der islamistische Terror die innere Wahrheit des Islams. „Sie setzten den Islam mit dem Islamismus gleich, und das ist humanistisch inakzeptabel“, stellt Frieder Otto Wolf, Philosoph an der Freien Universität Berlin, klar. „Genauso wenig sind schließlich Hexenverbrennungen die ‚innere Wahrheit‘ des Protestantismus oder die Autodafés der Inquisition die ‚Wahrheit‘ des Katholizismus.“ Die Vordenker von Pegida beschränkten sich auf genau diese Unterstellung: Dass der Terrorismus im Islamismus irgendwie ‚angelegt‘ sei – und gehen damit nur der haarsträubenden willkürlichen ‚Theologie‘ der Terroristen auf den Leim.“ Neben den traditionalistischen Formen, denen die Mehrzahl der armen Bauern in ihren Heimatländern anhängen, gibt es auch die aufgeklärten Ansätze des westlichen Islams. Dieser wurde seit den 1960er Jahren in Frankreich und Großbritannien von islamischen Intellektuellen entwickelt. Frieder Otto Wolf zieht das Fazit: „Atheismus schützt weder vor Dummheit noch vor Bosheit. Ebenso wenig wie Religion automatisch Dummheit oder Bosheit mit sich bringt.“

Pegida-AussteigerInnen finden Informationen unter: www.mvpegida.de

Sarah Bioly studiert an der Ludwig-Maximilians-Universität in München Philosophie und Soziologie.



„Bildet euch,
bildet andere,
bildet Banden!“

Foto: fotolia

Die Mär von den unpolitischen Studierenden

Ducken und durch!

// Gerade einmal ein Viertel der Studierenden empfindet Politik und öffentliches Leben als wichtig. Zu diesem ernüchternden Ergebnis kommt die aktuelle Ausgabe des renommierten Studierendenurveys der Uni Konstanz und des Bundesbildungsministeriums. Die Anzahl der Studierenden, die sich selbst als unpolitisch bezeichnen, übersteigt deutlich die Zahl derer, die sich als politisch denkend betrachten. //

Soweit erwartbar, könnte angenommen werden, ist „Politikverdrossenheit“ schon seit Jahren fester Bestandteil öffentlicher Debatten geworden. Wie alle gesellschaftlichen Gruppen gibt es sie auch bei Studierenden. Bildungsministerin Wanka zeigt sich jedoch irritiert über den Befund. Bei der Vorstellung des Surveys äußerte sie sich besorgt über das Desinteresse der künftigen Eliten.

Doch muss gefragt werden, was genau „unpolitisch“ bedeuten soll bzw. auf welchen Erwartungshaltungen jene Irritation über die Umfrageergebnisse beruht. Eine weitere Studie aus dem letzten Jahr zeichnet ein differenzierteres Bild. Der Erlanger Juraprofessor Streng befragte Studienanfänger/innen der Rechtswissenschaften von 1977 bis 2012 zu verschiedenen rechtlichen Sachverhalten. Das Fazit heute: mittlerweile ein Drittel aller Studierenden befürwortet die Wiedereinführung der Todesstrafe. Zu Beginn der Befragungen 1977 war es nur ein Zehntel. Nahezu die Hälfte der Befragten ist heute überdies für die Anwendung von Folter unter bestimmten Umständen.

Denken und Handeln ist politisch

Sind solche Einstellungen etwa nicht politisch? Wird hier nicht sinnbildlich nach der starken Hand gerufen? Die grassierende Politikverdrossenheit ist hochpolitisch! Eine „Konservatisierung“ der Studierenden. Sie korrespondiert mit gesellschaftlichen Trends, die beispielsweise in den PEGIDA-Demos ihren Ausdruck finden. Trotz sogenannter Politikverdrossenheit erleben wir eine wachsende Fremdenfeindlichkeit. Das untermauert eine dritte Untersuchung, diesmal unter Bachelor-Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften an der Uni Osnabrück aus dem Sommer 2013. Sie fragte nach fremdenfeindlichen und chauvinistischen Ressentiments. Ihr Ergebnis: Mit Aus-

sagen wie „Deutsche Frauen sollten keine Juden oder Muslime heiraten“ konfrontiert, offenbarten bis zu 80 Prozent der Befragten fremdenfeindliche Grundeinstellungen. Die politischen Ansichten der Hochschul/innen von heute entsprechen also durchaus dem gesellschaftlichen Querschnitt.

Karrierismus vs. kritisches Denken

Die Ergebnisse sind allesamt mehr als besorgniserregend. Doch gleichzeitig ist die angebliche Politikverdrossenheit nichts anderes als Ohnmacht und Unmut. Ohnmacht ob der gesellschaftlichen Verhältnisse, Unmut über die Reaktion der etablierten Politik auf diese. Die bereits angesprochene Irritation beruht auf einer Erwartungshaltung, die die Universität gewissermaßen als Hort politisch-progressiven Denkens betrachtet. Ein Bild, das mittlerweile eindeutig ins Reich der Mythen gehört – sofern es jemals zutraf.

Darin liegt der wohl wichtigste Befund des Erlanger Surveys: Der Großteil der Studierenden sieht sich selbst und die Hochschulwelt nicht als gesellschaftlichen Teilbereich, in dem politische Fragen beantwortet werden könnten. Vielmehr als eine Art „karrieristischen Durchlauferhitzer“: möglichst schnell durchkommen ohne anzuecken, um sich ja keine Zukunftschancen zu verbauen. Das ist das dominante Leitmotiv. Die Probleme da draußen liegen an den Fremden, und es möge sie bitte jemand anderes lösen, zur Not mit Gewalt.

Es handelt sich hierbei übrigens nicht um einen Bruch mit „biografischen Traditionen“ in Bezug auf die universitäre Lebensphase, sondern bloß um eine Verlagerung des „Karrierismus“ in jüngere Lebensphasen hinein. Die Erwartung, dass die Uni Lebensraum für emanzipatorische Ideen sein soll, artikulieren vor allem diejenigen, deren Studienzeiten mit den Protestwellen der 60er, 70er und 80er Jahre zusammenfiel. Die – vorwiegend altlinke – Empörung über die „unpolitischen Studis“ der Gegenwart erscheint als plumpes Resultat der Diskrepanz zwischen ihrer verkündeten Sicht auf ihr Studierendendasein und ihren heutigen (beruflichen) Verhältnissen.

Dabei sollte nicht vergessen werden, dass der „bundesweite Bildungstreik“ 2009 noch weit über 200.000 Schüler/innen und Studierende auf die Straße zu bringen vermochte, eine Rekordzahl in der BRD-

Geschichte. Neben praktischen Forderungen, wie etwa der Abschaffung von Studiengebühren und entmündigenden Anwesenheitslisten, wurde auch eben jene zunehmende „Verschulung“, also die Ausrichtung von akademischem Lernen auf Beruf und Karriere, kritisiert. Zwar ließe sich einwenden, dass von jenen hehren politischen Dimensionen wenig übrig blieb, nachdem die Studiengebühren abgeschafft wurden – ganz nach dem Motto: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.“

Sieg der Ohnmacht

Gleichwohl greift diese Kritik zu kurz, wurzelt doch jedes kritische Bewusstsein zunächst in der eigenen sozio-ökonomischen Basis. Die Schwierigkeit, emanzipatorische Kritik mit gesamtgesellschaftlicher Perspektive zu formulieren, ist hinlänglich bekannt. Sie aufrecht zu erhalten und mit ihr zu mobilisieren, ist noch schwieriger. Beides ist aber keine originäre Unfähigkeit des studentischen Milieus. Erschwerend kommt hier aber der weitreichende Erfolg des Paradigmas der Bildung als bloßer Berufsausbildung hinzu. So engagieren sich kritisch denkende Studierende eher außerhalb der Hochschule, derzeit etwa in Kampagnen gegen die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik. Mit anderen Worten: Auch heute gibt es politisch aktive Studierende, nur eben außerhalb der Hochschulen. Studis und Schüler/innen sind also sehr wohl politisch, im Guten wie im Schlechten. Was aber fehlt, dass sie sich (wieder) als eine eigenständige Statusgruppe verstehen? Denn nur organisierte Gruppen haben das Potential, ein kritisches Bewusstsein auf solide Füße zu stellen und sich gegenseitig aus der Ohnmacht zu helfen. Hier liegen Ansatzpunkte für gewerkschaftliche Interventionen, ist es doch gerade die zentrale Kompetenz von Gewerkschaften, gesellschaftliche Gruppen dabei zu unterstützen, sich nach Innen wie Außen als eben solche zu konstituieren. Auf diesem Weg ließe sich einer angeblichen Entpolitisierung, anders gelesen der „Konservatisierung“ der Hochschulwelt, etwas entgegenzusetzen. – Bildet euch, bildet andere, bildet Banden!

Philipp Möcklinghoff studiert Politikwissenschaften in Osnabrück. Daneben engagiert er sich für eine Zivilklausel für seine Uni und ist gewerkschaftlich aktiv.

Wer verdient an der Aufrüstung der EU-Außengrenzen?

Festung Europa

// Militarisierung ist derzeit Gegenstand einer Reihe kritischer Debatten, etwa zum Auftritt der Bundeswehr in Schulen oder zur Rüstungsforschung an Hochschulen. Weniger im Fokus steht dabei die „Sicherheitsforschung“, welche gleichwohl vielfach ebenfalls der Absicherung herrschaftlicher Gewaltverhältnisse dient. Hierzu gehört die Absicherung der Grenzen Europas, die jährlich eine Vielzahl von Menschenleben fordert. Matthias Monroy nimmt die ökonomische Seite des EU-Grenzregimes in den Blick. //

Seit Sommer vergangenen Jahres gehört Kroatien zur Europäischen Union, ist aber noch kein Vollmitglied des Schengen-Raums, innerhalb dessen in der Regel keine Personenkontrollen an den Binnengrenzen erfolgen. Die Kontrollen an den Binnengrenzen, also zu den umliegenden EU-Mitgliedsstaaten, werden aufrechterhalten. Das gleiche gilt für Bulgarien und Rumänien, die mittlerweile einem harten Kontrollverfahren unterworfen sind: In einem regelmäßigen Fortschrittsbericht stellt die EU-Kommission Forderungen zur Aufnahme in das Schengen-Regime auf, die von den beiden Ländern abgearbeitet werden müssen. Hierzu gehört auch die Aufrüstung und Kontrolle der Außengrenzen.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Schengen-Beitritt ist die Installation moderner Grenzsicherungssysteme. Im Falle des Beitritts der Slowakei 2007 waren vergleichsweise wenige Anstrengungen nötig, die Außengrenze zur Ukraine misst gerade einmal 98 Kilometer. Die damals fünf Übergänge konnten mit 800 Beamten auf 58 Motorrädern, 74 geländegängigen Fahrzeugen und 17 Rollern gut überwacht werden. 250 stationäre und 160 mobile Kameras sorgten für die in einer Leitstelle benötigten Informationen.

Geschäfte mit der Grenze

Der Beitritt Rumäniens erforderte für seinen insgesamt 3.147 Kilometer langen Grenzverlauf höhere Investitionen: Für eine Milliarde Euro kaufte die Regierung ein Grenzüberwachungssystem von EADS (mittlerweile umbenannt in Airbus Defence and Space). In Rumänien dürfte man sich daran nur ungern erinnern: Zwar wird in jedem Fortschrittsbericht zum Schengen-Beitritt die Bekämpfung der Korruption angemahnt. Der Auftrag an EADS wurde aber ohne Ausschreibung vergeben, was im Inland sowie bei der EU heftige Kritik nach sich zog und dem Konzern Ermittlungen wegen Korruption einbrachte.

Auch der EU-Beitritt Bulgariens ließ die Kassen europäischer Rüstungskonzerne klingeln: Die in Bremen ansässige Firma ATLAS hatte der Regierung ein seeseitiges Überwachungssystem für die 350 Kilometer lange Küste verkauft. Zwölf fest installierte Plattformen überwachen nun die „blaue Grenze“ am Schwarzen Meer und auf der Donau. Das zuständige Innenministerium verfügt über neue Patrouillenboote, ein Oberflächenradar, flächendeckende Videoüberwachung und die Einbindung von Schiffsortungssystemen. Zwei nahe gelegene Kontrollzentren verarbeiten die eingehenden Informationen, die mit dem nationalen Lagezentrum der Marine verbunden sind. Das maritime Lagebild wird in die Hauptstadt Sofia weitergeleitet. Dort laufen auch Daten aus der Überwachung der Landgrenzen zusammen, die mit Wärmebildkameras, Nachtsichtgeräten und geländegängigen Fahrzeugen ausgestattet wurden. Obwohl das Parlament dagegen stimmte, hat Bulgarien die Landgrenze zur Türkei inzwischen mit einem rund 30 Kilometer langen Zaun verstärkt. Im Dezember kündigte die Regierung an, den Zaun um weitere 130 Kilometer zu verlängern. Die Heranführung an EU-Standards erfolgt in sogenannten „Twinning“-Projekten, in denen ein anderer Mitgliedstaat als Unterstützer auftritt. Im Falle Bulgariens, aber auch Kroatiens und Rumäniens hatte das

deutsche Innenministerium die Aufgabe, die Länder fit für Schengen zu machen. Zur Aufrüstung der „grünen“ und „blauen“ Grenzen in den neuen Mitgliedstaaten hat die EU das Programm PHARE aufgelegt. Zu dessen Aufgaben gehört die Beschaffung von Ausrüstung ebenso wie Ausbildungsmaßnahmen oder der Ausbau von Kooperationen mit Nachbarländern. Immer stehen die Verhinderung unerwünschter Migration und die grenzpolizeiliche Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Auch die potentiellen EU-Beitrittskandidaten Serbien, die Republik Mazedonien und die Türkei werden über „Twinning“-Projekte gefördert.

Zählt man neben PHARE andere, ähnliche EU-Programme hinzu, kommt eine stattliche Summe für die Aufrüstung der neuen EU-Mitgliedstaaten zusammen. Eine Aufstellung für Kroatien zeigt, dass auch die Errichtung und Verwaltung von Datenbanken, polizeilichen Ermittlungssystemen, Polizeihunden, Ausrüstung und Ausbildung mit mehreren Dutzend Millionen Euro gefördert wird. Selbst IT-Ausrüstung oder die Beschaffung von IMSI-Catchern zum Lokalisieren von Mobiltelefonen wird bezahlt.

Airbus bietet auch Kontrollzentren, Funksysteme oder die Einbindung von Satellitenaufklärung an. Dadurch vermarktet der Konzern seine ursprünglich mit EU-Mitteln aufgebauten Fähigkeiten zur Spionage aus dem All. 2008 konnte der Konzern den bislang größten Auftrag der Branche abwickeln: Für geschätzte 2 Milliarden Euro errichtet der Konzern in Saudi-Arabien eine hochmoderne Überwachungsplattform, die auch deutsche Drohnen einbindet. Hierfür beschaffte Patrouillenschiffe kommen ebenfalls aus Deutschland. In EU-Forschungsprogrammen wird unter anderem

die Einbindung von Drohnen in die Migrationsabwehr untersucht. Weitere Programme bestehen zur besseren Nutzung von Satellitenaufklärung im Rahmen des neuen EU-Grenzüberwachungssystems EUROSUR. Immer mit dabei ist Airbus mit verschiedenen Tochterfirmen, darunter auch die kommerziellen Vermarkter der Bilder seiner Radarsatelliten. Der Konzern verdient also an jeder Risikoanalyse, die auf Satelliten basiert. Entsprechende Aufträge kommen dabei vor allem von FRONTEX, der für EUROSUR zuständigen Grenzagentur der Europäischen Union.

Militärprojekte im „zivilen“ Einsatz

Die EU-Außengrenzen werden in beispielloser Weise zur Migrationsabwehr hochgerüstet. Deutsche Firmen verdienen daran prächtig. Die EU-Grenzpolitik wird aber nur zu weiteren Toten führen, denn die von Geflüchteten gewählten Routen werden zusehends riskanter. Das hat auch die Grenzagentur FRONTEX erkannt, die nun prognostiziert, dass mehr Migranten den Landweg über die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla wählen werden. Diese sind immer noch mit einem Klingendraht gesichert, der beim Überklettern schwere, mitunter auch tödliche Verletzungen verursacht. Wieder führt die Spur nach Deutschland: Der spanische Hersteller „European Security Fence“ unterhält eine Adresse in Berlin, nur unweit des Büros der EU-Kommission am Pariser Platz.

Matthias Monroy ist Wissensarbeiter, Aktivist und Redaktionsmitglied der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/CILIP.



Foto: © J. Palazon/Stringer/Reuters

Aufstand der Lehrbeauftragten

Prekär ist nicht fair

// Mehr als 90.000 Lehrbeauftragte arbeiten an den Hochschulen in Deutschland. In den letzten 15 Jahren hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt. Sie haben keinerlei Arbeitsplatzsicherheit und erhalten häufig nur einen Dumpinglohn. Doch gegen diese Beschäftigungsbedingungen regt sich Widerstand. //

„Lehrbeauftragte stehen auf“ – so war es auf großen Lettern zu lesen, die Lehrbeauftragte am Berliner Alexanderplatz in die Höhe hielten. Die Botschaft war eindeutig: So, wie es ist, kann es nicht bleiben. Am 6. November fand der erste bundesweite Aktionstag der Lehrbeauftragten statt. Von Hamburg bis Nürnberg, von Köln bis Frankfurt an der Oder: An insgesamt 23 Orten machten Lehrbeauftragte an diesem Tag auf ihre Situation aufmerksam. Von der Vielfalt der Aktivitäten waren selbst die OrganisatorInnen des Aktionstages überwältigt.

Ohne langen Atem geht es nicht

Die Vorbereitung des Aktionstags begann fast ein Jahr vorher. Treibende Kräfte waren die Bundeskonferenz der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen (BKLM), die Bundeskonferenz der Sprachlehrbeauftragten (BKSL), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Deutsche Orchestervereinigung (DOV). Gerade im Bereich der Sprachkurse und an Musikhochschulen stemmen Lehrbeauftragte seit vielen Jahren wesentliche Teile der Lehre. Sie übernehmen häufig die gleichen Aufgaben wie die angestellten oder verbeamteten Lehrkräfte – für einen Bruchteil des Lohns.

Durch den Aktionstag sind die Lehrbeauftragten mit ihren prekären Arbeitsbedingungen in die Öffentlichkeit getreten. So fängt nun auch im öffentlichen Bewusstsein an zu dämmern, dass das Instrument des Lehrauftrags in vielen Fällen missbraucht wird.

Die Hochschulleitungen behaupten oft, dass „ihre“ Lehrbeauftragten ausgewiesene externe Expert/innen seien, die außerhalb der Hochschule über gesicherte Jobs verfügten. Doch dies stimmt nur zum kleinen Teil: Für viele stellen die Lehraufträge längst den Großteil ihrer Einnahmen dar. Da aber Lehrbeauftragte nicht mehr als die Hälfte des Lehrdeputats der im selben Bereich tätigen Festangestellten unterrichten dürfen, müssen sie an verschiedenen Hochschulen und anderen Einrichtungen unterrichten, um über die Runden zu kommen.

Da sie keine Angestellten der Hochschulen sind, zahlen diese außerdem

keinen Anteil zu ihrer Sozialversicherung. So müssen Lehrbeauftragte die Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung allein aufbringen, arbeitslosenversichert sind sie in der Regel gar nicht. Dabei müssen viele zum Jobcenter gehen, um ihren mickrigen Lohn aufzustocken: Nur die Präsenzlehre wird vergütet, d. h. weder die Vor- und Nachbereitungen noch die Krankheitstage oder Ferienzeiten werden bezahlt.

Der Aktionstag war erst der Anfang

Prekäre durch reguläre Beschäftigung ersetzen – das ist die Forderung der GEW, die anlässlich des Aktionstags konkrete Vorschläge auf den Tisch legte: Dort, wo Lehrbeauftragte dauerhafte Aufgaben in Lehre und Prüfungswesen übernehmen, sind ihnen sozialversicherte Arbeitsverhältnisse anzubieten, fordert die Bildungsgewerkschaft. Für die verbleibenden Lehraufträge müssen Mindeststandards definiert werden, die die Situation der Lehrbeauftragten deutlich verbessern. Der Aktionstag hat für viele Betroffene bedeutet, dass die eigene prekäre und ungerechte Arbeitssituation endlich sichtbar geworden ist. Dabei ist auch klar: Es wird sicher nicht der letzte Aktionstag gewesen sein.



Linda Guzzetti ist Sprecherin der Bundeskonferenz der Sprachlehrbeauftragten. Elisabeth Seydel unterrichtet als Lehrbeauftragte Deutsch als Fremdsprache. Beide leben und lehren in Berlin.

bafögbündnis



25. Novelle der Ausbildungsförderung

BAföG wird zum SparföG

// Im November 2014 hat der Bundestag die 25. Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) beschlossen. Damit machte er den Weg frei für eine längst überfällige Reform des BAföG. Doch die Verbesserungen fallen zu gering aus und kommen viel zu spät – aus der Reform wurde ein Reförmchen. //

Studierendenvertretungen und Gewerkschaften hatten in den letzten Jahren immer wieder beklagt, dass die Leistungen aus dem BAföG bei weitem nicht ausreichen, um allen Studieninteressierten eine Hochschulausbildung zu ermöglichen. Statistiken geben ihnen recht: 2012 gaben Studierende monatlich rund 860 Euro für Lebenshaltungskosten aus, während der BAföG-Höchstsatz bei 670 Euro liegt; fast alle Studierenden brauchen neben dem BAföG noch andere Finanzierungsquellen. Es wurde aber nicht nur beklagt, dass die Geldbeutel der Studierenden nicht ausreichend befüllt werden, sondern auch, wie wenig Studierende überhaupt in den Genuss der staatlichen Leistung kommen. Aufgrund der zu geringen Freibeträge bekam 2012 nicht einmal ein Fünftel aller Studierenden Leistungen nach dem BAföG

ausgezahlt – zu Beginn des Gesetzes im Jahre 1972 war es noch beinahe die Hälfte.

Von der Reform zum Reförmchen

Kaum jemand stritt bei dieser Ausgangslage ab, dass dringend eine Reform hermusste. Kein Wunder, denn die letzte Anpassung der Förder- und Freibeträge fand 2010 statt. Seitdem machten steigende Lebenshaltungskosten das Studieren teurer, und durch das steigende Lohnniveau haben immer weniger Studierende Anspruch auf die Förderung. Hoffnung machte dann Ende 2013 eine Nachricht aus den schwarz-roten Koalitionsverhandlungen: Das BAföG sollte „spürbar erhöht“ werden. Doch leider tauchte davon rein gar nichts im Koalitionsvertrag auf. Um der Sache mehr Nachdruck zu verleihen, schlossen sich studentische Verbände und Gewerkschaften Anfang 2014 zum BAföG Bündnis zusammen. Gemeinsam forderten sie eine sofortige Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge um 10 Prozent und danach eine automatische bedarfsdeckende Anpassung, die Anpassung des BAföG an die Lebensrealität der Studierenden und die Rückbesinnung auf das Konzept des Vollzuschusses.

Im Sommer 2014 kündigte die Bundesregierung neben wichtigen strukturellen Anpassungen – z. B. kann die Übergangszeit zwischen Bachelor und Master länger gefördert werden – eine Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge um jeweils 7 Prozent an. Diese Erhöhung wäre 2013 schon zu gering gewesen, um mit der Preis- und Lohnentwicklung standhalten zu können, aber es kommt noch schlimmer: Die Erhöhung soll erst im Wintersemester 2016/17 stattfinden.

Bundestag und Bundesrat haben die Novelle beschlossen und machten damit das BAföG für die Studierenden zum SparföG. Eine ganze Generation von Studierenden wird keine einzige Anpassung der Leistungen an steigende Kosten erleben. Auch die Chance für eine Weiterentwicklung der Förderung zum Vollzuschuss wurde verpasst. Jetzt heißt es erst recht: Weitermachen für eine echte Reform des BAföG!

Matthias Schröder ist Sprecher des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW und aktiv im BAföG-Bündnis.
www.bafogbuendnis.de

HILFSKRAFTINITIATIVE AN DER UNI MARBURG
ANDERS. BESSER. MEHR.
 ZUSAMMEN KÄMPFEN FÜR EIN STÜCK BESSERES LEBEN

Auf der Suche nach Gegenwart und Perspektiven studentischer Hilfskräfte

Prekäres Privileg?

// **Studentische Hilfskräfte sind eine der größten und zugleich unsichtbarsten Beschäftigtengruppen an Hochschulen. Ohne sie läuft dort kaum etwas, zugleich ranken sich viele Vorurteile um sie. Ein Versuch, mit diesen aufzuräumen und strukturelle Probleme aufzudecken.** //



Die Stelle als Hilfskraft erscheint nach wie vor als Sprungbrett für eine wissenschaftliche Karriere. Drei von vier Promovierenden haben zuvor als Hilfskraft gearbeitet. Insofern stimmt: Hilfskraft sein ist ein Privileg. Aber ein prekäres. Eine Hilfskraftstelle garantiert mitnichten eine wissenschaftliche Karriere, und ein erster Schritt in die Wissenschaft heißt auch: Eintritt in ein Feld unsicherer, kurz befristeter Beschäftigung mit niedriger Bezahlung. Dazu kommt, dass Professor/innen und Studierende das Privileg häufig falsch deuten. Professor/innen glauben, es sei etwas ganz Besonderes, für sie zu arbeiten. Stellen vergeben sie in Gutsherrenmanier als Bonus für vermeintlich fleißige Studis. Diese bekommen wiederum so den Eindruck, in besonderer Gunst zu stehen und geben sich in einseitige Abhängigkeitsbeziehungen zu ihren Lehrenden, die plötzlich auch ihre Vorgesetzten sind. Unbezahlte Mehrarbeit und mangelnde Arbeitgeberleistungen sind häufig die Folge.

Arbeit aus Leidenschaft?

Der Mythos von Wissenschaftler/innen, die ausschließlich aus Leidenschaft arbeiten und sich dabei selbst verwirklichen, prägt seit jeher das Bild der Hochschulen. Auch für Hilfskräfte hat das Auswirkungen: Überidentifikation mit der eigenen Arbeit, die bis zur Selbstausbeutung führen kann. Die Grenzen zwischen Privatleben, Studium und Erwerbsarbeit verwischen, Studierende akzeptieren Bedingungen abseits rechtlicher Normen. So fällt schnell unter den Tisch, dass es auch ein Arbeitsverhältnis wie jedes andere ist.

Keine richtigen Arbeitnehmer/innen?

Für viele Studierende ist die studentische Hilfskraftstelle die erste reguläre Beschäftigung. Zum ersten Mal stellen sich arbeitsrechtliche Fragen: Was bedeutet es, ohne Arbeitsvertrag zu arbeiten? Habe ich Anspruch auf Urlaub? Was passiert, wenn ich krank werde? Bekomme ich dann keinen Lohn oder muss ich nacharbeiten? Schwierig wird es, wenn Vorgesetzte legitime Forderungen der Hilfskräfte nicht ernst nehmen. Zum Problem wird dann, dass studentische Hilfskräfte keine institutionalisierte Interessenvertretung haben, mit deren Hilfe sie ihre Rechte einfordern

können. Mit Ausnahme von Berlin haben sie keinen Tarifvertrag, einen Personalrat gibt es meist nicht. Hilfskräfte sind also richtige Arbeitnehmer/innen, aber ohne richtige Vertretung.

Billige, austauschbare Aushilfskräfte?

Privileg hin oder her, am Ende scheinen Hilfskräfte häufig doch ohne Weiteres ersetzbar. Das liegt aber nicht daran, dass sie „nur mal eben kopieren“ und Kaffee kochen würden. Zunächst sind ihre Verträge schuld. Deren Laufzeit deckt oft nur die Vorlesungszeit ab. Schon früh lernen studierende Hochschulbeschäftigte so kennen, was es heißt, einen Kurzvertrag nach dem anderen zu bekommen. Das erzeugt Abhängigkeit und Druck, sodass sie sich einerseits oft zufrieden geben mit Zuarbeiten, andererseits aber auch Tätigkeiten übernehmen, für die sie nicht beschäftigt sind. Austauschbar sind sie nämlich nur de jure, wegen ihrer Verträge. Nicht austauschbar sind sie aber de facto durch ihre Tätigkeiten, die nicht selten eigene Forschung und Lehre sowie Korrektur und Abnahme von Prüfungen umfassen. Der Lohn ist mehr Taschengeld als Lebensunterhalt. Entsprechend dümpelt er auf niedrigstem Niveau.

Es wäre aber zu einfach, die prekäre Situation nur auf die Hilfskräfte und ihre direkten Vorgesetzten abzuwälzen. Beide bewegen sich in einem rechtlichen Rahmen, der insbesondere niedrige Bezahlung, unklare Aufgabenfelder und kurze Befristungen begünstigt. Diesen Rahmen wiederum geben die Landesregierungen vor, welche meist auch die tatsächlichen Arbeitgeberinnen sind. Sie verhindern teilweise per Gesetz Interessenvertretung. Auch lehnen sie sich in Fragen tariflicher Regelungen zurück, solange sich kein Widerstand regt. Das Problem dabei: Kaum organisieren sich Hilfskräfte, sind sie es auch schon nicht mehr. Von selbst werden die Landesregierungen sich aber nicht bewegen, zu groß ist das Interesse, auf Kosten der Hilfskräfte zu sparen. Ein Teufelskreis. Und der nutzt vor allem den Arbeitgeber/innen.

Und jetzt?

Langfristig verbessert sich die Situation nur, wenn sich mehr Hilfskräfte in Gewerkschaften organisieren und sie antreiben, sich noch konsequenter den Problemen prekärer Beschäftigung an Hochschulen zu stellen. Der Schlüssel ist Solidarität – zwischen Hilfskräften untereinander und von anderen Beschäftigtengruppen. Studentische Mitarbeiter/innen müssen sich die Rahmenbedingungen bewusst machen, in denen sie sich bewegen. Folgt daraufhin die Organisation in und durch Gewerkschaften, dann können sie gemeinsam stärker für ihre Interessen eintreten.

Kurzfristig gilt es aber auch, Möglichkeitsräume zu nutzen. Einen solchen haben Studierende in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eröffnet, indem sie die Forderung nach einem Tarifvertrag dieses Jahr ein weiteres Mal auf die Tarifagenda setzten. In Marburg stritten Hilfskräfte erfolgreich für Minimalstandards auf Hochschulebene in Form eines Leitfadens. In Hessen vernetzen sich aktuell Hilfskraftinitiativen. In Thüringen gilt es, auf Basis der vagen

Versprechen des Koalitionsvertrags einen handfesten Tarifvertrag einzufordern. Bei allem gilt aber: Die Landesregierungen sind in der Pflicht, sogenannte Hilfskräfte als das zu behandeln, was sie sind: unverzichtbare Mitarbeiter/innen, denen wie anderen auch tarifliche Regelungen zustehen. Und das heißt, sie müssen endlich verhandeln!

Ein Artikel der Hilfskraftinitiative an der Uni Marburg, die seit Jahren unter dem Motto „Anders. Besser. Mehr. Zusammen kämpfen für ein besseres Leben“ für eine Verbesserung der Situation studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte in Marburg und Hessen eintritt. <http://hilfskraftinitiative.blogspot.de/>

Geld ist nicht alles! Kampagnenarbeit für studentische Hilfskräfte

- GEW-Seminar für Studierende
- 26./27. Juni 2015
- in Tabarz (Thüringen)
- Anmeldung und weitere Infos bald unter gew-studierende.de

GEW-Ratgeber „Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen“

Die Broschüre hilft studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften, ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Sie kann beim GEW-Hauptvorstand zum Einzelpreis von 1,50 Euro zzgl. Versandkosten angefordert werden unter: broschueren@gew.de



IG-Farben-Campus Frankfurt am Main

Festung Universität



Karikatur: H&B



Foto: fotolia

// 2001 bezogen die ersten Institute der Goethe-Universität das IG-Farben-Gebäude im Frankfurter Westend. In Folge weiterer Umzugsphasen und Baumaßnahmen ist nunmehr ein Großteil der Uni an dem Komplex angesiedelt. Der Einzug in die geschichtlich vorbelasteten Räumlichkeiten ging mit einer Umdeutung ihrer Geschichte und architektonischen Aus- und Eindruckskraft einher. Aus der vormals als faschistisch verpönten neoklassizistischen Monumentalarchitektur sollte der „schönste Campus Europas“ werden. //

Als „eisernes und steinernes Sinnbild deutscher kaufmännischer und wissenschaftlicher Arbeitskraft“, wie es der Direktor der IG Farben und NS-Kriegsverbrecher Georg von Schnitzler in seiner Eröffnungsrede 1930 nannte, diente das von Hans Poelzig entworfene Gebäude bis 1945 als Hauptsitz des Zusammenschlusses der größten deutschen Unternehmen der Chemie-Industrie. Nach dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland und dem Untergang des „Tausendjährigen Reichs“ war seine Botschaft jedoch unliebsam geworden.

Die Verstrickungen der IG Farben in den Nationalsozialismus, namentlich die finanzielle Unterstützung der NSDAP und das Betreiben des Konzentrationslagers Auschwitz III Monowitz, in dem Schätzungen zufolge mindestens 25.000 bis 30.000 Häftlinge ums Leben kamen, blieben dem Gebäude anhaften. Obwohl es den Krieg unbeschadet überstand, schloss etwa die Europäische Zentralbank eine Nutzung des Gebäudes nach dem Abzug der bis 1995 dort stationierten US Army aufgrund der „historischen Belastung“ aus.

Mit dem Umzug ging die Umdeutung einher

Der Umzug der Frankfurter Goethe-Universität in den IG-Farben-Komplex 2001 ging mit einer umdeutenden

Aneignung seiner Geschichte seitens der Universitätsleitung einher. Der Frankfurter Humangeograph Bernd Belina kritisiert, „dass die autoritäre Art, in der Geschichte und Ästhetik benutzt und hergestellt werden, Ausdruck des neoliberalen Hegemonieprojektes ist“. Es sollte ein Ort produziert werden, „der als Ressource im Wettbewerb der Universitäten dient und der alle Abweichungen von diesem Ziel diszipliniert“. Eine kritische Aufarbeitung der Geschichte des Campus sei unter diesen Vorzeichen schlecht zu machen gewesen. Denkwürdig ist in diesem Zusammenhang die geschichtsrevisionistische Pointe des damaligen Unipräsidenten Rudolf Steinberg. Er sprach noch 2008 von einer „zivilisierenden Kraft der Ästhetik“, da auf dem IG-Farben-Campus Tags und Graffitis gänzlich fehlen. Wohlgerichtet handelt es sich bei dieser vermeintlich zivilisierenden Ästhetik um selbige, welche lange Zeit sinnbildlich für die Barbarei des Nationalsozialismus und der Shoah stand.

Die Monopolstellung der IG Farben drückt sich, wie Belina festhält, in der architektonischen und städtebaulichen Beschaffenheit des Hauptgebäudes aus. Die „Stadtkrone“ wirke durch ihre imposante Weitläufigkeit als „große Baumasse“ und gleichzeitig aufgrund ihrer konvexen Form abweisend auf die Betrachtenden. Der „festungsartige Charakter“ werde zudem durch die Fassade aus dem Kalkstein Travertin und den künstlichen Sockel gesteigert. Obwohl inmitten der Stadt liegend, weise das Gebäude „als Solitär keinen baulichen Bezug auf die städtische Umgebung“ auf. Es handele sich bei der „Stadtkrone“ um einen „monumentalen Repräsentations- und Herrschaftsbau“.

Mit den Neubauten auf dem Gelände in den darauffolgenden Umzugsphasen wurde das Projekt der Überschreibung der faschistischen Selbstinszenierung zu Gunsten eines vermeintlich geschichtslosen Bürokomplexes vorangetrieben. Die neuen Gebäude schließen bruchlos an die neoklassizistische Architektur der IG Farben samt Travertinverkleidung an. Die ungezwun-

gene Adaption des Stils verweist auf die gewünschte Trennung der Architektur von ihrer historischen Bedeutung und Erlebnisqualität.

Erinnerung wachhalten

Die geschichtliche Problematisierung des IG-Farben-Campus sowie die Kritik des Versuchs einer, wie der ehemalige Uni-Präsident Werner Meißner sich ausdrückte, „Reinwaschung von nationalsozialistischen Bezügen“, ist bislang ein Projekt geblieben, das maßgeblich von Frankfurter Studierenden vorangetrieben wurde. Nach rund zehn Jahren Widerstand seitens des Präsidiums ist es auf Betreiben der Initiative Studierender am IG-Farben-Campus kürzlich gelungen, den am Campus liegenden Grüneburgplatz in Norbert-Wollheim-Platz umzubenennen, was auch eine Änderung der Universitätsadresse nach sich ziehen wird. Wollheim, selbst ein Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz III Monowitz, war der erste Zwangsarbeiter, der eine erfolgreiche Klage auf Entschädigung gegen das Unternehmen durchsetzen konnte.

Auch wenn der symbolische Wert der Umbenennung kaum zu unterschätzen ist, so ist sie doch nur ein kleiner Schritt: Der Entwurf zum Neubau des Studierendenhauses sieht abermals einen neoklassizistischen, undurchdringlichen Block vor, der sich nahtlos in das Gesamtensemble des IG-Farben-Campus einfügen soll. Somit bleibt das Erinnern der Unileitung an ihr Vorhaben, aus einem Sinnbild des nationalsozialistischen Terrors den „schönsten Campus Europas“ zu machen, eine stetige Aufgabe der Frankfurter Studierenden.

Tom Uhlig studiert in Frankfurt, ist Mitbegründer des AK kritische Psychologie Frankfurt und Mitherausgeber der Freien Assoziation – Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie.

Hochschulen zweifeln an ärztlichen Attesten

Befund: unglaublich

// Ein eitriger Genitalausfluss, Schmerzen beim Wasserlassen oder Entzündungen der Nebenhoden sind Privatsache? In Zukunft nicht mehr für die Studierenden. An vielen Universitäten ist inzwischen ein Attest im Gespräch, bei dem die Krankheitssymptome angegeben werden müssen. Das Prüfungsamt entscheidet dann, ob jemand prüfungsunfähig ist oder nicht. Begründung: Die Garantie der Chancengleichheit bei Klausuren. Aber rechtfertigt dies die Forderung intimer Informationen? //

An der Humboldt-Uni (HU) in Berlin wurde das ausführliche Attest eingeführt, nachdem am Semesterende eine Krankheitswelle die Studierenden erfasste. Fast die Hälfte der angemeldeten Prüflinge im Fach Geografie waren für die Klausuren entschuldigt. Der vermutete Auslöser der Massenkrankheit: Drei schwere Prüfungen innerhalb von zwei aufeinanderfolgenden Tagen.

Universitäten verlangen nun eine klare und einheitliche Regelung im Umgang mit krankheitsbedingten Rücktritten bei Prüfungen. Studierende würden sich zu oft krankschreiben lassen – vor allem in den Fachbereichen Jura, Medizin und den Wirtschaftswissenschaften, lautet die Begründung der Universitäten.

Chancengleichheit vs. Datenschutz

Die neue Regelung soll dabei Chancengleichheit unter den Studierenden schaffen, so Thomas Eschke, Leiter der HU-Rechtsstelle. Meldet sich ein Prüfling fälschlicherweise krank, gewinnt er gegenüber seinen Kommilitonen einen gewissen Vorteil: Mehr Zeit bei der Vorbereitung und weniger Stressbelastung könnten der Schlüssel zu einer besseren Note sein. ÄrztInnen und Studierenden ist dabei anscheinend nicht zu trauen – so seien an der TU Darmstadt in manchen Fällen Atteste nicht nachvollziehbar gewesen. Anlass genug, allen Studierenden bei der Krankmeldung Steine in den Weg zu legen? Statt dankbar über mehr „Gerechtigkeit“ zu sein, kritisieren die Studierenden den Eingriff in ihre Privatsphäre. Krankheitssymptome sind intim. „Niemanden geht es etwas an, welche Krankheit man hat, und das ist deutlich aus den Symptomen ersichtlich. Dies kann leicht zu unangenehmen Situationen für die

Studierenden führen“, so Myrella Dorn, Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) an der Uni Frankfurt.

Ein Jurastudent aus Frankfurt verweigerte die Angabe seiner Symptome – „aus Angst, dass sich herumspricht, woran ich leide“, denn der Campus sei „ein kleines Dorf“. Doch dies blieb nicht ohne Konsequenzen: Das Prüfungsamt entschied, dass der Erkrankte die Prüfung nicht wiederholen darf und die Leistungen mit null zu bewerten seien.

Erfolgreicher Widerstand in Darmstadt

Kann jemand beispielsweise aufgrund von Depressionen nicht an den Prüfungen teilnehmen, steht er oder sie also vor einer schweren Entscheidung: Entweder den Arzt bzw. die Ärztin von der Schweigepflicht entbinden oder in der Klausur durchfallen. An der TU Darmstadt löste eine entsprechende Regelung eine Beschwerdewelle aus. Auf der vom AStA einberufenen Vollversammlung waren viele Studierende anwesend, berichtet Sebastian Ankenbrand, Hochschulreferent der GEW Südhessen. So konnte ein hoher Druck auf die Hochschulleitung ausgeübt und die Einführung der Neuregelung für ein ärztliches Attest gestoppt werden.

Auf dem richtigen Weg?

Doch die TU Darmstadt ist ein Ausnahmefall. Meist bekommen die Studierenden gar nichts von der Neuerung solcher Regelungen mit und werden vor vollendete Tatsachen gestellt, klärt Myrella Dorn auf. Sie selbst erfährt vieles auch erst im Senat. Deshalb ist es ein wichtiges Ziel des AStA, mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit das Thema publik zu machen. An der Goethe-Universität in Frankfurt sorgt die Debatte um Atteste aktuell für Streit. Der Senat der Uni sprach sich auf Antrag der Studierenden dafür aus, ärztliche Atteste ohne weitere Prüfung zu akzeptieren. Das Präsidium aber legte ein Veto ein und kündigte außerdem eine rechtliche Prüfung an. Inzwischen steht fest: Die Forderung des AStA ist rechtskonform. Die Frage wäre vielmehr, ob es die Vorlage des Präsidiums auch ist, meint Myrella Dorn. Nun wird über einen Kompromiss verhandelt – auch wenn noch lange

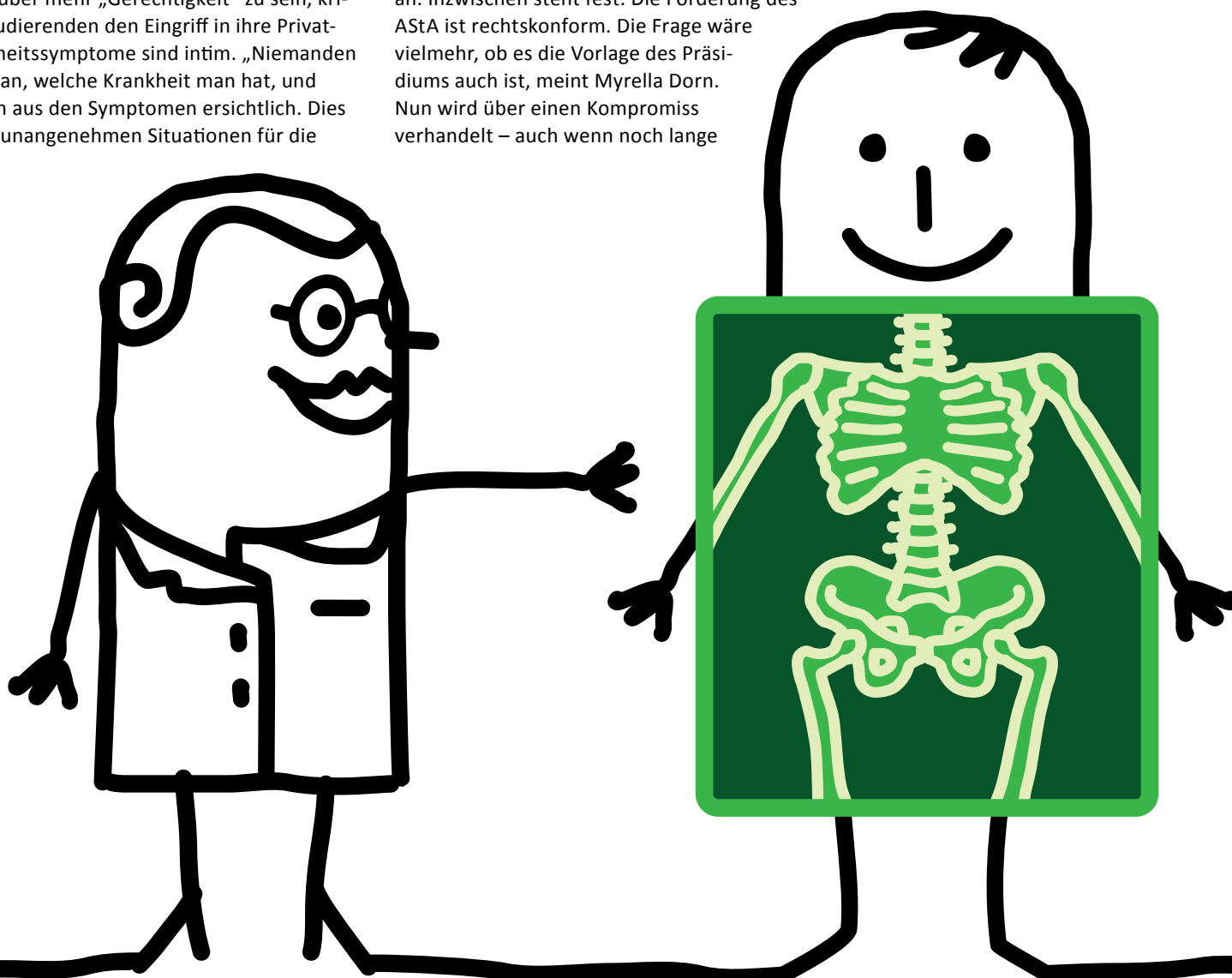
nicht alle einer Meinung sind, fügt die AStA-Vorsitzende hinzu.

Myrella Dorn schlug dem Präsidium auch ein Modell aus den USA mit einem festangestellten Hochschularzt vor. Damit besäße das Prüfungsamt nicht mehr die Rolle des Arztes, nach der es ohne medizinische Vorkenntnis über Krankmeldungen entscheiden darf. Trotzdem könnten die Universitäten über die Schwere der Krankheit informiert werden, und zwar in Form eines Codes. Dieser gibt Auskunft über die Art der Krankheit – nicht aber über die Symptome. Dadurch weiß das Prüfungsamt dann, ob der Student oder die Studentin an der Prüfung teilnehmen kann. Zusätzlich wird ein psychologischer Dienst angeboten, um den immer höheren Stressbelastungen im Studium entgegenzuwirken.

Der Auslöser der Massenkrankheit?

An der Uni München (LMU) zählen nämlich „psychisch-vegetative Erschöpfung“ oder auch „anhaltende Frustrationen“ nicht als Grund für eine Prüfungsunfähigkeit. Dabei ist es kein Wunder, dass Studierende unter dem Leistungsdruck Burnout-Tendenzen aufweisen. Untersuchungen zeigen: Im Studienverlauf von MedizinstudentInnen sinken Arbeitsengagement und Lebenszufriedenheit parallel zur Zunahme eines Gefühl der dauerhaften Überforderung. Myrella Dorn sieht den Ursprung des Problems weniger in einem schlechten Zeitmanagement oder der Lustlosigkeit von den Studierenden, sondern vielmehr in den Auswirkungen von Bologna. Die Hochschulen sollten sich also vor allem die Frage stellen, was sie tun können, damit die nächste Massenkrankheit gar nicht erst über die Studierenden hereinbricht.

Sarah Bioly studiert an der Ludwig-Maximilian-Universität in München Philosophie und Soziologie.



Bundesregierung lässt Kooperationsverbot weitgehend unangetastet

Chance vertan

// Bundestag und Bundesrat haben Ende 2014 das Kooperationsverbot im Grundgesetz gelockert. Das Kooperationsverbot verbietet Bund und Ländern, in der Bildungspolitik zusammenzuarbeiten. Ein Anachronismus, der nicht zu den Anforderungen der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts passt. Während sich der Bund aus der Schulpolitik weiter heraushalten muss und nicht einmal ein Programm zur Verbesserung der Inklusion oder zum Ausbau von Ganztagschulen finanzieren darf, kann er sich in der Hochschulpolitik jetzt endlich stärker engagieren – eigentlich. //

Der Bund darf jetzt Projekte an Hochschulen dauerhaft finanzieren. Bisher war dies nur zeitlich und thematisch begrenzt erlaubt. Eine Serie an zeitlich befristeten Pakten – Hochschulpakt 2020, Qualitätspakt Lehre, Qualitätsoffensive Lehrerbildung oder die Exzellenzinitiative – waren die Folge. Ein drastisches Beispiel ist die Exzellenzinitiative. Knapp fünf Milliarden Euro wurden über sie zusätzlich ins Hochschulsystem gesteckt. Gleichzeitig stagniert die Grundfinanzierung der Hochschulen, in etlichen Bundesländern werden Hochschulhaushalte sogar gekürzt. Aber nur wenige Spitzenuniversitäten, die nach Auffassung der internationalen Gutachterinnen und Gutachter exzellente Forschung betreiben, kamen in den Genuss einer zusätzlichen Förderung. Die Fachhochschulen blieben ganz außen vor. Auch regionale Unterschiede hat die Exzellenzinitiative weiter vertieft: Der Osten und Norden Deutschlands kam im Exzellenzwettbewerb kaum zum Zuge. Studierende haben übrigens gar nichts von der Exzellenzinitiative: Sie ist auf Spitzenforschung ausgerichtet, für mehr Studienplätze oder bessere Betreuungsrelationen sorgt sie nicht.

Hire and Fire

Da die Förderung der Exzellenzprojekte immer auf fünf Jahre begrenzt ist, können die Universitäten keine nachhaltigen Strukturen aufbauen. Die finanzielle Unsicherheit geben sie an ihre Beschäftigten weiter, die mit Zeitverträgen, teils mit extrem kurzen Laufzeiten, abgespeist werden. Die Exzellenzinitiative hat so massiv dazu beigetragen, dass heute neun von zehn wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern befristet beschäftigt sind und über die Hälfte der Zeitverträge eine Laufzeit von unter einem Jahr hat. Kein Wunder, dass viele Exzellenzunis Mühe hatten, für ihre vielen neuen Stellen qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen.

Nun könnte der Bund die Hochschulen nicht nur für fünf oder zehn Jahre, sondern auf Dauer unterstützen, und zwar in der Fläche, in Ost- und West-, Nord- und Süddeutschland, an Fachhochschulen und Universi-



Foto: fotolia

täten. Der Bund könnte den Ländern beim Ausbau der Studienplätze helfen – über die befristete Dauer des Hochschulpakts 2020 hinaus – und außerdem die miserablen Betreuungsrelationen verbessern: An den Unis kommen inzwischen auf einen Professor oder eine Professorin 65 Studierende. Sogar der Wissenschaftsrat, das offizielle Beratungsgremium von Bund und Ländern, empfiehlt ein Betreuungsverhältnis von 1 zu 40. Kontinuität und damit Qualität der Lehre würde steigen, wenn Dozentinnen und Dozenten nicht nach dem Hire-and-Fire-Prinzip semesterweise ausgewechselt werden, sondern längerfristig oder auf Dauer lehren.

Verschenkte Möglichkeit

Leider hat der Bund die Chance dafür erst mal vertan. Kurz vor der Lockerung des Kooperationsverbots im

Grundgesetz durch Bundestag und Bundesrat gab Bundesbildungsministerin Johanna Wanka gemeinsam mit den Bundesländern grünes Licht für die Fortsetzung der Pakte – in ihrer bisherigen Form. Die Exzellenzinitiative soll zwar evaluiert werden – dass sie fortgesetzt werden soll, haben die Regierungschefs von Bund und Ländern aber bereits entschieden. Und mehr gibt's nicht – „der Bund ist nicht der Ausputzer der Länder“, diktierte Ministerin Wanka im Januar der Süddeutschen Zeitung in den Stenoblock. Das Kooperationsverbot ist gelockert, aber die Bundesregierung hat ihr Pulver verschossen – ein Armutszeugnis.

Dr. Andreas Keller ist stellvertretender Vorsitzender der GEW und leitet den Organisationsbereich Hochschule und Forschung.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand, Postfach 900409
60444 Frankfurt am Main
Tel.: 069 78973-0, Fax: 069 78973-201
E-Mail: info@gew.de

Internet: www.gew.de

Redaktion:

Dr. Andreas Keller (verantwortlich)
Sarah Bioly, Valentin Dietrich,
Marius Klein, Sven Lehmann,
Philipp Möcklinghoff, Matthias Schröder
und Sonja Staack

Lektorat:

Andrea Vath

Gestaltung:

Werbeagentur Zimmermann GmbH
60439 Frankfurt am Main

Druck: apm AG, Darmstadt

März 2015

Kontakt zu den GEW-Studis in Deinem Bundesland

Baden-Württemberg

lass@gew-bw.de

Bayern

lass.bayern@googlemail.com

Berlin

lass@gew-berlin.de

Brandenburg

lass-team@
studiberatung-potsdam.de

Bremen

padberg@gew-hb.de

Hamburg

studis@gew-hamburg.de

Hessen

studierende@gew-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

(über den Landesvorstand)
landesverband@gew-mv.de

Niedersachsen

christoph.lokotsch@gmail.com

Nordrhein-Westfalen

lass.nrw@gmx.de

Rheinland-Pfalz

lass@gew-rlp.de

Saarland

jungegew@gew-saarland.de

Sachsen

kontakt@lass-sachsen.de

Sachsen-Anhalt

lass@gew-lsa.de

Schleswig-Holstein

lass_sh@yahoo.de
sjoegren@gew-sh.de

Thüringen

lass@gew-thueringen.de

Facebook: www.facebook.com/GEWStudis
Twitter: www.twitter.com/GEWStudis